

Weiß nicht ein: Für jede 1000 Dollar, die ein Weißer mit High-School-Abschluß verdient, bringt ein Schwarzer nur 764 Dollar nach Hause. Gleiches Einkommen bleibt auch heute noch ein leeres Versprechen.

Die großen Einkommenssteigerungen für schwarze Männer sind längst eine Sache der Vergangenheit. Zwischen 1939 und 1969, als sich dank Zuwanderung aus dem Süden eine relativ stabile schwarze Arbeiterklasse in den Industriestädten des Nordens entwickelte, konnten sie ihren Lohn um über 50 Prozent verbessern. Seither betrug der Zuwachs weniger als 5 Prozent.

Mit Recht beklagen die Schwarzen, daß der Strukturwandel der Industrie vor allem ihrer Gruppe geschadet hat. Selbst Einwanderer aus Lateinamerika behaupten sich am schrumpfenden Arbeitsmarkt für klassische Fabrikjobs besser – trotz größerer Sprachschwierigkeiten und schlechterer Ausbildung.

Seit die Arbeitslosigkeit statistisch erfaßt wird, liegt die Arbeitslosenquote für Schwarze in Rezessionszeiten wie in Boomzeiten stets doppelt so hoch wie für Weiße.

Daß sich der Abstand in der letzten Dekade zudem noch vergrößerte, erklärt sich daraus, daß schwarzen männlichen Arbeitnehmern immer weniger Jobs offenstehen. Und auch unter schwarzen Akademikern ist die Arbeitslosenquote doppelt so hoch wie bei gleich ausgebildeten Weißen.

Daß sich lukrativere Jobs ungleich auf die beiden Bevölkerungsgruppen verteilen, überrascht da nicht. Dennoch verstecken sich hinter den Zahlen häßliche Beispiele für Diskriminierung.

So ist auf den ersten Blick die Unterrepräsentation in der Berufsgruppe Kellner ein erfreuliches Beispiel dafür, daß nicht alle schlechtbezahlten Dienstleistungsberufe vornehmlich von Schwarzen ausgeübt werden müssen. Da Schwarze in der Gastronomie aber überproportional als Hilfskräfte eingesetzt werden, liegt der Verdacht nahe, daß sie zwar Teller abräumen dürfen, die Gastwirte ihren Kunden jedoch nicht zumuten mögen, daß Schwarze auch die Speisen auftragen.

Ingeheim befürchtet das weiße Amerika, daß die Rechnung für das historische Unrecht der Sklaverei noch nicht beglichen ist. Angesichts des verwüsteten South Central Los Angeles beschlich Politologen wie Hacker oder Kolumnisten wie William Pfaff (*International Herald Tribune*) die Befürchtung, daß die Ghettoaufstände nicht einfach nur das Ergebnis verfehlter Sozialpolitik oder schlichter Mißachtung durch eine konservative Regierung sind.

„Weiße wie Schwarze bezahlen jetzt für das, was in der Vergangenheit geschehen ist“, umschreibt Pfaff die Tatsache,

daß Amerikas weiße Mehrheit die Schwarzen auch nach dem Ende der Sklaverei nicht voll integriert hat.

Selbst die jüngsten Einwanderungsgruppen, Hispanics und Asiaten, konnten schneller Fuß fassen, leichter zu „Weißen ehrenhalber“ (Hacker) erklärt werden als die Nachkommen der Sklaven. Der Exil-Kubaner Roberto Goizueta, Chef von Coca-Cola, gehört zu den höchstbezahlten Managern der USA. Derart erfolgreiche Schwarze sind dagegen fast ausschließlich im Sport, im Showgeschäft oder im Öffentlichen Dienst zu finden.

An den Universitäten der Pazifikküste sind die Kinder asiatischer Einwanderer so erfolgreich, daß ihre Zulassungszahlen bereits begrenzt werden. Die gleichen Universitäten senken dagegen für

schwarze Studienanfänger die Qualitätsanforderungen.

Die Trennung zwischen Schwarz und Weiß wird so – trotz aller Gelöbnisse der Politiker – unverändert erhalten bleiben. Die Kinder jener weißen Bürgerrechtler, die sich vor 30 Jahren für die Gleichberechtigung der Schwarzen verprügeln ließen, demonstrieren heute allenfalls für die Rettung der Wale und gegen die Umweltverschmutzung.

Die steuerzahlenden Wahlbürger Amerikas sind in großer Mehrheit weiß und mittleren Alters. Sie gehören dem Mittelstand an und haben sich in überwiegend weißen Vororten eingerichtet. „Kurz gesagt“, so das pessimistische Fazit des Politologen Hacker, „unsere Zeit ist nicht aufgeschlossen für wirkliche Abhilfe beim Rassenproblem.“

„Nicht den Frieden, sondern das Schwert“

SPIEGEL-Redakteur Matthias Matussek über Harlems Schwarzen-Kirchen

An diesem Sonntag verlangt Reverend Calvin Butts seiner Gemeinde viel ab. Er läßt sie warten auf das erlösende Wort. Er scherzt, er singt, er betet. Doch die Gesichter dort unten bleiben gespannt. Es ist, als wären die Gläubigen noch benommen von einer sinnlosen, trostlosen Orgie der Gewalt.

Sie sitzen in den dunklen Bänken und stehen in den Gängen der Kirche, die

für die Schwarzen in Harlem ein Bollwerk ist gegen die Armut und die Drogen und die Kriminalität. Ein letzter Brückenkopf der Fürsorge in einem Stadtghetto, das von der Politik in den letzten zehn Jahren aufgegeben wurde, Harlem genauso wie Miami oder South Central Los Angeles. Hier, wo die Lebenserwartung nicht höher ist als in Bangladesch, haben sie sich versam-



Prediger Butts: „Laßt uns Sand im Getriebe sein“



Abessinische Gemeinde in Harlem, Pastor Butts: „Wir Schwarzen haben in diesem Land keine Chance“

melt, um zu Gericht zu sitzen: über das Urteil einer weißen Jury und über ein System, das von Weißen für Weiße gemacht wurde.

Seit den Tagen der Sklaverei sind die Kirchen eine Stätte der Geborgenheit. „Sie sind das Herz der Schwarzen“, sagt der Baptisten-Pastor Alfred Smithing aus Oakland.

Diese Kirchen kämpfen nicht nur um Seelen, sondern um irdische Gerechtigkeit. Sie proben Demonstrationen, legen Fonds für Bürgerrechtler an, übernehmen Wohlfahrtsaufgaben, wo der Staat versagt. Die größte Schwarzen-Organisation des Landes ist eine Kirche: der Nationale Baptisten-Konvent mit 7,5 Millionen Mitgliedern. Rund 22 Millionen Schwarze (von insgesamt 30 Millionen) gehen regelmäßig in die Kirche. „Und die Kirchen werden in den nächsten zehn Jahren in den Himmel wachsen, weil die Menschen sich an niemanden sonst wenden können“, prophezeit Calvin Butts' Pastorenkollege Larry Little aus Baltimore.

Unter den rund 400 Kirchen in Harlem nimmt die „Abessinische“ eine Sonderstellung ein. Schwarze Kaufleute haben sie in den Tagen der Apartheid gegründet; sie mochten nicht länger hinnehmen, daß sie bei den weißen Baptisten auf gesonderten Bänken zu sitzen hatten.

Die Chöre und Solisten der Abessinischen Kirche singen in der Carnegie Hall. Und ihre Reverends machen Poli-

tik, Pastoren, die wie Adam Clayton Powell die Bürgerrechtsbewegung in New York anführten. Und nun ist es Reverend Calvin Butts, dessen Stimme die profilierteste in ganz Harlem ist.

Calvin Butts, 42, ein federnder junger Intellektueller mit scharfem Verstand und dem Charisma eines Filmstars. Butts, der in New Jersey seinen Doktor der Philosophie gemacht hat und nun Bauprojekte und Armenküchen in seiner Gemeinde leitet, der ein Basketball-Crack ist und der vom Politlobbyismus ebensoviel versteht wie von Hakenwürfen in den Korb. Calvin Butts, vom *Manhattan, Inc.*-Magazin bereits zweimal als New Yorker „power broker“ aufgeführt, ist eine Macht. Die Kirchgänger verehren ihn, sie lieben ihn.

An diesem Sonntag nach den Aufständen, den Plünderungen, den Bränden liegen Ratlosigkeit und Wut in den Gesichtern und die Erwartung einer Antwort, eines Kampfauf Rufes vielleicht, eines Aufschreis.

Doch Calvin Butts, der an den jungen Sidney Poitier erinnert, steht dort vorn in seiner blauen Robe, senkt den Kopf, und er stellt die härteste aller Forderungen: „Lasset uns beten für unsere Feinde, auch für die Jury, die das tragische Urteil im Rodney-King-Prozeß gefällt hat, auch für die Polizisten, lasset uns beten.“ Und die Gemeindemitglieder murmeln: „Amen.“

Butts fährt fort: „Lasset uns beten für die Toten in Los Angeles und für ihre

Familien, für unsere Stadt und Bürgermeister Dinkins.“ „Amen“, antworten sie, und dann singt der Chor, 80 Frauen und Männer in roten Roben, die „Schöpfung“ von Haydn.

Eine Messe der Versöhnung? Vielleicht, für einige. Eine Messe des resignativen Gottvertrauens? Nie und nimmer, für keinen der tausend Gläubigen. Denn nun kommt Calvin Butts zur Sache. Nun gibt er, worauf sie alle warten: „Wir dürfen nicht alles Gott überlassen“, sagt er und hebt die Stimme: „Jesus hat sich eingemischt in die Angelegenheiten der Gesellschaft.“ Rufe kommen aus den Bänken: „Jesus sagt, ich bin nicht gekommen, euch den Frieden zu bringen, sondern das Schwert.“

Dann liest Butts Namen vor – von Teenagern, von jungen Malern, von Studenten, von Obdachlosen, die nichts gemeinsam haben, außer daß sie schwarz sind und tot. Umgekommen durch Polizistenhände, und alle diese Polizisten waren weiß und wurden freigesprochen. Einer, sagt Butts, konnte ein Gutachten beibringen, daß sein Finger, der den Abzug gedrückt hatte, in einem epileptischen Anfall zitterte. Der Kirchensaal kocht.

„Wenn ihr noch nicht von der Polizei verprügelt worden seid“, sagt der Prediger und läßt seinen Blick über die herausgeputzten Gemeindemitglieder schweifen, „dann habt ihr einfach Glück gehabt bisher.“ Hinter ihm bündelt sich Licht, das durch die Kirchenfenster

fällt, blau und glutrot und grün, und Butts spielt mit den Stimmungen seiner Gemeinde in allen Farben der Rhetorik.

„Wir Schwarzen haben in diesem Land keine Chance. Wir alle haben das Video gesehen. 56 Schläge in 81 Sekunden!“ Nun stehen sie in den Bänken und feuern ihren Reverend an; schließlich ist dieser Gottesdienst doch noch ein Gospel der Wut, aber mehr noch des Schmerzes: über das Unrecht eines Urteils und das noch größere Unglück sinnloser Gewalt.

Calvin Butts ist kein populistischer Scharfmacher wie Al Sharpton, der beliebte und schwerberingte Box-Promoter-Typ, der den Mob mobilisiert für seine Sache. Butts predigt nicht blinde Gewalt. Er will die kontrollierte Aktion.

„Es macht keinen Sinn, die eigene Nachbarschaft niederzubrennen“, sagt er. Er spricht über die Wahlen. „Selbst wenn Clinton oder Brown nicht gerade Offenbarungen sind – sie sind Alternativen zu Bush. Unsere Aufgabe wird es sein, George Bush zu stürzen.“

Dann erinnert er an den Kampf Martin Luther Kings und an die Aktionsformen gewaltfreien Widerstandes. Er predigt zivilen Ungehorsam. „Laßt uns alle nach Washington marschieren am 16. Mai, laßt uns diesem Land zeigen, daß es so nicht weitergeht! Laßt uns Sand im Getriebe sein, laßt uns verhindern, daß man nach diesen Explosionen der Gewalt wieder zur Tagesordnung übergeht.“

Der staubgraue Schmerz und die Irritation sind aus den Gesichtern gewichen. Sie strahlen. Sie rufen ihm zu: „Zeig uns den Weg, Prediger!“

Butts spricht lange an diesem Sonntagmorgen. Er bündelt die Energien, um sie dorthin zu lenken, wo sie von Nutzen sind. Er beschwört seine Gemeinde, um ihr am Schluß einzupflanzen, was er für das Wichtigste hält: „Eine Bewegung ohne moralisches Fundament ist nichts. Wir müssen kreativ sein, und wir müssen das Rechte wollen. Dann können wir die Stadt, das Land auf den Kopf stellen.“

Kurz darauf sitzt der Priester in seinem Büro und empfängt Besucher. Bis auf die Straße hinaus stehen die Wartenden, manche nur, um ihm die Hand zu drücken. Die Wände des Vorzimmers sind mit Anerkennungen, Preisen und Urkunden gepflastert wie sonst nur Vereinszimmer erfolgreicher Baseball-Klubs.

Ob er glaubt, daß an diesem Sonntag das Fundament einer neuen Bewegung gelegt wurde? „Genau darauf hoffen wir. In allen Kirchen in diesem Lande. Auf eine neue Bürgerrechtsbewegung. Auf eine Wiederbelebung des Erbes von Martin Luther King. Und es wird keine rassistische Bewegung sein, sondern eine für alle Unterdrückten.“



Straßenkämpfe in Kabul: Blutbad in der Hauptstadt

— Afghanistan —

Langer Weg

Das einzige, was die neue Kabuler Führung zusammenhält, ist der Haß auf den Fundamentalisten-Chef Hekmatjar.

Die Gäste sind nicht leicht zufriedenzustellen. Mal beklagen sie, daß zu oft Hühnchen mit Reis auf dem Menü steht, mal rügen sie die mangelnde Bildqualität des Satellitenfernsehens. Am meisten aber scheinen sie Monotonie und Langeweile zu bedrücken.

Vor allem der prominenteste der acht Kostgänger, die seit über drei Wochen im Uno-Gebäude im Zentrum der afghanischen Hauptstadt logieren, hält mit seinen Launen die Gastgeber in Atem. Wie schäbige Lakaien behandle er Uno-Offiziere aus Ghana, Dänemark und Österreich, die für das Wohl und die Sicherheit ihrer Schutzbefohlenen verantwortlich sind: „Ständig gibt er uns Anweisungen, mit einem Ton, als wäre er immer noch an der Macht.“

Den Absturz vom gefürchteten Staatschef zum politischen Flüchtling scheint Afghanistans Ex-Präsident Nadschibullah, 44, noch nicht verkraftet zu haben. Seit seiner Entmachtung Mitte April belegt er zusammen mit seinem Bruder, einem Leibwächter, seinem Sicherheitsberater Mohammed Tukhi, dessen Frau und drei kleinen Töchtern den ersten Stock des Uno-Gebäudes. Die Männer trinken gern gegen die Langeweile an – zwischen drei und vier Flaschen Johnnie Walker Black Label, so

ein Uno-Offizier, liege die Tagesleistung.

Wie lange der Ex-Präsident und seine Gefährten das Asyl der Vereinten Nationen noch in Anspruch nehmen können, wird nur wenige hundert Meter weiter entschieden: Dort, im Kabuler Regierungsviertel, berieten die neuen Machthaber vergangene Woche über Nadschibullahs Schicksal – Exil in Indien, wo seit einiger Zeit seine Familie lebt, oder Auslieferung an das Regime der Gotteskrieger.

Für den gefallenen Diktator wird es eine Entscheidung über Leben oder Tod, denn, so sein langjähriger Außenminister Abdel Wakil mit düsterer Vorahnung: „Das Volk will ihn hängen sehen.“

Als eine der ersten Maßnahmen hat die aus verschiedenen Mudschahidin-Gruppen gebildete Kabuler Koalitionsregierung vorige Woche einen „Volksgerichtshof“ eingesetzt. Einzige Aufgabe, so Regierungssprecher Assif Mohseini: Verfolgung und Verurteilung „von Verrätern und Invasoren“ – also jener afghanischen Nomenklatura, die nach dem sowjetischen Einmarsch im Dezember 1979 an die Macht gekommen war.

Doch viel mehr als die populäre Ankündigung, die alten Bonzen nach islamischem Gesetz zu richten, ein Verbot von Alkohol, Schleierzwang für Frauen sowie die Auflösung des gefürchteten Geheimdienstes Khad haben die Rebellenführer bislang nicht zustande gebracht.

Die geschundenen Afghanen, die nach 13 Kriegsjahren und zwei Millionen Toten einen friedlichen Neubeginn